

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Organ für das werktätige Volk

Verleger: Sächsische Staatsdruckerei, Dresden, Hauptstadt, 10. Dresden, Brüderstraße 10, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilbescheiden ist es durch oder ohne Einschub des Briefes, bei der Postzeit der Postzeitung keine Rücksicht auf die Zustellung des Bescheides zu nehmen

Abonnement: Vierteljährlich 10.00 M., halbjährlich 18.00 M., jährlich 32.00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 1.00 M. (Postgebühren eingeschlossen).

Druckerei: Sächsische Staatsdruckerei, Dresden, Hauptstadt, 10. Dresden, Brüderstraße 10, Dresden

Abonnement: Die 30 mm breite Monatszeitschrift 20 M., die 50 mm breite Monatszeitschrift 30 M., für auswärts 40 M., u. 1.00 M. monatlich. Preis für den Vertrieb, Familienangehörigen, Stellen- u. Mitteilungsblätter 20 M., netto. Für Briefmarken 10 M., Einzelhefte 1.00 M.

Nr. 23

Dresden, Freitag, den 27. Januar 1933

44. Jahrgang

## Ausnahmeregime gegen Hunger? Sturm im sächsischen Landtag

### Minister sucht Polizei zu verteidigen - Nazijournalist beleidigt Abgeordnete Landtagspräsident hilflos und einseitig - Die Untersuchung wird verschleppt

#### Neue politische Notverordnungen

Berlin, 27. Januar. (Fig. Funk.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Reichsregierung die Dresdner Saalklausel zum Anlaß nehmen wird, bestimmte Maßnahmen der früher angekündigten Art nunmehr baldigst in Kraft zu setzen. Wie es heißt, beabsichtigt man Schleicher dem Reichspräsidenten am Sonntag bestimmte Vorschläge zu unterbreiten, die der Wiederholung blutiger Zusammenstöße und „Ausbreitungen der politischen Agitation“ vorzubeugen sollen.

#### Sentrum gegen Staatsnotstand

Berlin, 27. Januar. (Fig. Funk.) Das Zentrum hat den Reichspräsidenten und den Reichskanzler zu seinen Wünschen gegen den „Staatsnotstand“ — mit dem man den Reichstag ausschalten will — in schriftlicher Form unterrichtet. Eine Antwort ist auf diese Briefe nicht erfolgt.

#### Die christlichen Gewerkschaften gegen Diktatur

Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften nahm in Duisburg zur Lage Stellung. Die Führer der Christen wandten sich scharf gegen jede Diktatur. Die sehr durchsichtigen Pläne vom „Staatsnotstand“ wurden von ihnen abgelehnt. Sie betonten, die Not des Staates könne viel wirksamer behoben werden, wenn sich die Diktaturstärkeren Kreise endlich damit abfinden würden, daß sowohl der Staat als auch seine Regierung nicht dafür da seien, gegen die Bewegung mit der christlichen Gewerkschaften hätten seit ihrer Gründung mit allen verfügbaren Kräften gegen alle von unten kommenden Anläufe gekämpft. Mit derselben Leidenschaft und Energie werde von ihnen jedoch auch der Kampf gegen Staatsnotstand durchgeführt werden, so wie die Verhältnisse gegenwärtig gestaltet seien, von allen diesen Experimenten nicht zu erwarten.

#### Unfähige Polizei

Im Landtag gab der Minister des Innern über die Vorgänge im Regierheim eine längere Erklärung ab. Vordringlich, wie er erklärte, sei es ihm jedes Urteils so lange enthalten, bis die Untersuchung beendet sei. Aber auch diesmal wieder zeigte sich recht deutlich bei dem Minister das Bestreben, die beteiligten Beamten in Schutz zu nehmen. Im Landtag dürfte aber auf allen Seiten die Ueberzeugung verbreitet sein, daß auch diesmal die Dresdner Polizei ein bedenkliches Maß von Unfähigkeit gezeigt hat. Bei der Verhandlung über den Fall Hentsch sagte der Abgeordnete Frigische, die Polizei habe bei dieser Angelegenheit wenig Glück und wenig Geschick gehabt. Das war eine denkbar milde Kennzeichnung des Verhaltens der Dresdner Polizei. Diesmal aber hat das mangelnde „Geschick“ der verantwortlichen Polizeibeamten — wenn es überhaupt nur mangelndes „Geschick“ war — die verhängnisvolle Folge gehabt, daß 20 Leute in ihrem Blute lagen.

Man hat bei der Verlesung im Regierheim offenbar die Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen, die sonst bei verhältnismäßig harmlosen Versammlungen angewandt werden. In anderen Versammlungen, in denen Zwischenfälle gar nicht zu erwarten waren — wir erinnern uns z. B. an eine Versammlung, in der die Genossin Sender und eine amerikanische Reife berichtet — wurde überhaupt kein Publikum auf die Galerien gelassen, damit nicht von oben herunter geworfen werden konnte. Diesmal aber wurden die Galerien freigegeben, obgleich der Frädrich, den die Kommunisten losgelassen hatten, als aufsteigender Redner bekannt war.

Man hat bei der Verlesung im Regierheim offenbar die Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen, die sonst bei verhältnismäßig harmlosen Versammlungen angewandt werden. In anderen Versammlungen, in denen Zwischenfälle gar nicht zu erwarten waren — wir erinnern uns z. B. an eine Versammlung, in der die Genossin Sender und eine amerikanische Reife berichtet — wurde überhaupt kein Publikum auf die Galerien gelassen, damit nicht von oben herunter geworfen werden konnte. Diesmal aber wurden die Galerien freigegeben, obgleich der Frädrich, den die Kommunisten losgelassen hatten, als aufsteigender Redner bekannt war.

Als dann die Versammlung aufgelöst war, ist bei der Räumung wieder recht tödlich vorgegangen worden. Es wäre vernünftig gewesen, erst die Galerien zu räumen und dann erst den Saal. Nach dem, was uns über die Vorgänge bekannt geworden ist, hat man es umgekehrt gemacht. Aufklärung muß auch noch darüber geschaffen werden, ob wirklich die Schüsse der Polizeibeamten nur auf die Galerie gerichtet waren. Nach den Mitteilungen, die in dem kommunistischen Antrag gemacht werden, und nach den Verichten, die der sozialdemokratischen Fraktion zugehen, ist nicht etwa nur auf den angeblichen Schützen auf der Galerie geschossen worden, sondern direkt in den Saal, ja sogar auf der Straße ist noch geschossen worden. Es scheint, daß die Beamten zum Teil völlig den Kopf verloren hatten. Was hat der Führer der Polizeigruppe getan, um seine Beamten zurückzuhalten?

Wie uns mitgeteilt wird, hat man ganz junge Beamte zur Räumung der Versammlung benutzt. Auch das ist eine recht bedenkliche Maßnahme. Die leitenden Polizeistellen müßten doch wissen, wie leicht gerade bei

## Harzburger Kamarilla gegen Schleicher

### Reichsterrat heute Freitag - Ausschaltung des Reichstags? Nazis Angst vor Neuwahlen

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Am Freitag nachmittag tritt der Reichsterrat des Reichstags wieder zusammen. Er soll entscheiden, ob der Reichsterrat, wie es in der letzten Sitzung des Reichsterrates vorgegeben war, am 31. Januar zusammentritt oder nochmals vertagt wird. Eine kurzfristige Vertagung dürfte kaum in Frage kommen, weil der Reichsterrat in diesem Falle den Reichspräsidenten ersuchen würde, gemäß Artikel 24 der Reichsverfassung die Einberufung des Reichstags zu veranlassen. Wie sich der Reichsterrat schließlich entscheiden wird, ist zur Stunde noch völlig ungewiß. Sicher ist nur, daß die Nationalsozialisten keine Neuwahlen wünschen und einem Konflikt mit der Regierung Schleicher mindestens bis zum Sommer auszuweichen trachten. Das wäre durch eine nochmalige Vertagung des Reichstags auf längere Zeit oder auch dadurch möglich, daß die Regierung Schleicher durch eine Würgerblockade von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum bzw. eine

Rassen der Braunen Häuser die Triebfedern dieses Handels. Sie leben in der Ueberzeugung, daß sofortige Neuwahlen — und die wären bei einem Konflikt mit Schleicher unvermeidlich — ungeheure Saalmieten für Versammlungen verschlingen würden, während sie dieses Geld sparen oder für andere Zwecke verwenden könnten, unter freiem Himmel treiben können. Im Grunde genommen ist es die Angst vor Neuwahlen, die

Regierung der Harzburger Front erfährt wird, die die Unterbrechung des Zentrums und dadurch eine Neuwahl im Parlament findet. Ueber diese Möglichkeiten zur Verhinderung von Neuwahlen ist in den letzten Tagen insbesondere zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen eifrig gekuhandelt worden. Vor allem bei den Nationalsozialisten waren und sind die letzten

zu Jugentweg und zu dem „Feind des Volkes“ von Papen geführt hat. Das Ergebnis des Wahlkampfes nun seit Tagen geführten Kuhhandels ist bisher nicht bekannt. Aus der heutigen Berliner Regierungspresse geht eindeutig hervor, daß der Reichskanzler von Schleicher nicht, wie es am Donnerstagabend in Berlin verlautete, die Absicht hat, seinen Gegnern das Feld zu räumen. Angeblich soll er zum Handeln entschlossen sein. Wenn die Regierungspresse richtig unterrichtet ist, wird sich der Reichsterrat heute für die Einberufung des Reichstags am 31. Januar entscheiden. Aber auch wenn es anders kommt und insbesondere die Nationalsozialisten ihre schließlichen Forderungen wieder zeigen sollten, dürfte die Reichsregierung eine klare Entscheidung für oder gegen die Einberufung des Reichstags zum Herbst zur „Durchführung der Regierungsgeschäfte“ verlangen. Wenn das abgelehnt

werden sollte, so argumentiert die Regierungspresse, so habe der Reichskanzler die Wahl, ob er den Reichstag auf Grund der Vorgänge im Reichsterrat überraschend sofort am Sonntag auflöse oder ob er am nächsten Dienstag noch seine Programmrede vor dem Plenum halte. Ihr würde sich die große politische Aussprache anschließen, die bis zum 4. Februar veranlagt sei. Es bleibe dann die Frage, ob sich der Reichstag vor der Abstimmung über die politischen Anträge vertage oder ob außer den Linken auch andere Parteien eigene Wähleranträge einbringen würden.

In ihren weiteren Betrachtungen gibt die Regierungspresse an, daß wieder eine Kamarilla zum Sturz Schleichers am Werke ist. Insofern sei die Aussprache Hindenburg-Schleicher, die am Sonntag stattfinden werde, auch für das Wohl der etwaigen Vollmachten und für die „geplante innerpolitische Notverordnung“ — es ist wahrscheinlich die über die Proklamations des „staatlichen Notstandsrechts“ — maßgebend.

#### Hilfer Kuhhandel wieder in Berlin

Berlin, 27. Januar. (Fig. Funk.) Die Harzburger werden ihre Beratungen über die Neubildung einer Regierung auch heute fortsetzen. Die Kuhhandeln jetzt bereits acht Tage, ohne daß bisher eine grundsätzliche Einigung über die wichtigsten Fragen erzielt worden wäre. Die Basis dieser Verhandlungen bildet der Versuch, eine Kanzlerschaft Hitlers zustande zu bringen. Allerdings wird dieser Versuch von einem Teil der Reichspresse als „wenig aussichtsreich“ betrachtet, weil die Deutschnationalen gegen eine Kandidatur Hitlers gewisse Bedenken haben und vor allem Hindenburg von einer Reichskanzlerschaft Hitlers nichts wissen will. Immerhin trifft Hitler heute wieder im Berliner Kurstempel Kaiserhof ein. Ein Zeichen, daß die Verhandlungen von nationalsozialistischer Seite nicht als aussichtslos betrachtet werden.